

Stabwechsel in Kabul

Petraeus Nachfolger vor Herkules-Aufgabe

KABUL – Der scheidende Kommandeur der internationalen Truppen in Afghanistan, US-General David Petraeus, hat offiziell seinen Posten geräumt und die Befehlsgewalt an seinen Nachfolger übergeben.

Bei einer feierlichen Zeremonie in Kabul wurde der amerikanische Vier-Sterne-General John R. Allen als neuer Oberkommandierender der mehr als 140 000 Nato-Soldaten am Hindukusch vorgestellt. Allen gehört dem US Marine Corps an und war bislang Vize-Chef des US-Zentralkommandos Centcom mit Sitz in Florida, das für die Einsätze in Ostafrika, Nahost und Zentralasien zuständig ist. Er hat sich im Irak einen Namen gemacht durch Bündnisse mit Stammesmilizen, die eine wichtige Rolle spielten, um den Einfluss von Al Kaida einzudämmen.

Für den Kampf gegen Aufständische stehen Allen in den kommenden Monaten immer weniger Soldaten zur Verfügung. Allein die US-Armee will nach den Plänen von Präsident Barack Obama bis zum Sommer nächsten Jahres 33 000 ihrer derzeit rund 100 000 Soldaten heimholen. Auch andere Nato-Staaten planen die

Reduzierung ihrer Kontingente. Zuletzt hatte Kanada am 7. Juli seinen Kampfeinsatz offiziell beendet.

Petraeus-Nachfolger Allen sagte, die Herausforderungen seien gewaltig, doch am Ende werde man gemeinsam erfolgreich sein. General Petraeus wechselte an die Spitze des US-Geheimdienstes CIA.

Nach einem Nato-Beschluss soll der Kampfeinsatz am Hindukusch bis 2014 beendet und die Sicherheitsverantwortung für das Land bis dahin schrittweise an die Afghanen übergeben werden. Der Übergabeprozess hat am Sonntag begonnen, als afghanische Sicherheitskräfte das Kommando in der zentralen Provinz Bamian übernommen haben.

Karsai-Berater getötet

Die Taliban bekannnten sich derweil zu einem tödlichen Anschlag am Sonntagabend auf den Ex-Provinz-Gouverneur Dschan Mohammed Chan, der ein enger Berater von Präsident Hamid Karsai war. Erst am Dienstag war in Kandahar Karsais Halbbruder Ahmed Wali Karsai ermordet worden. Bei einem Bombenanschlag im Osten des Landes wurden zudem drei Isaf-Soldaten getötet. *dpa/afp*

Speicherportal Elena gestoppt

Mit Datenschutz begründet

BERLIN – Die Bundesregierung hat das umstrittene Projekt zum Speichern der Einkommensdaten von deutschen Arbeitnehmern eingestellt.

Das Bundeswirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium einigten sich darauf, den Elektronischen Entgelt-Nachweis (Elena) „schnellstmöglich einzustellen“. Sie begründeten das Aus mit dem Datenschutz: Die sogenannte qualifizierte elektronische Signatur werde sich nicht schnell genug verbreiten. Diese sei aber „für das Elena-Verfahren datenschutzrechtlich zwingend geboten“.

Bisher gespeicherte Daten sollen „unverzüglich gelöscht werden“. Die Einführung von Elena war massiv kritisiert worden. *afp*

Ärzte sollten mehr an Patienten denken

Beauftragter kritisiert Lobby

ESSEN – Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, fordert die Ärztelobby auf, mehr an Patienten und weniger an eigene Besitztümer zu denken.

„Jeder hat Angst – sorgt sich um ‚seine‘ Patienten, meint aber seine Pfründe“, sagte Zöller (CSU) der WAZ-Mediengruppe mit Blick auf das geplante Versorgungsgesetz. Es soll auch eine bessere Haus- und Facharztverteilung zwischen übersorgten Großstädten und unterversorgten ländlichen Gebieten ermöglichen. Der Chef der Techniker Krankenkasse, Norbert Klusen, forderte derweil Gehaltsabschläge für Ärzte in der Stadt, um Zuschläge für Landärzte bezahlen zu können. *dapd/afp*



Auch die kanadischen Truppen ziehen ab. Hier sichern Soldaten einen Panzerwagen mit Ketten im Inneren einer Frachtmaschine. Die meisten kanadischen Soldaten haben die Region Kandahar schon verlassen. Foto: afp

Entlastung fällt niedrig aus

Koalitions-Steuerpläne bringen Geringverdienern nur wenig

BERLIN – Die von der schwarz-gelben Regierungskoalition verabredete Steuerentlastung bringt Arbeitnehmern mit kleinen und mittleren Einkommen offenbar nur geringe Entlastung.

Spitzenverdiener hingegen profitierten deutlich stärker, berichtete die Süddeutsche Zeitung unter Berufung auf Berechnungen des Steuerexperten Frank Hechtner von der Freien Universität Berlin. Die Koalition hatte Entlastungen vor allem für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen angekündigt.

Laut Hechtners Berechnungen würden Arbeitnehmer mit einem monatlichen Bruttogehalt von 1000 Euro um etwa sechs Euro im Monat entlastet. 78 Euro weniger Steuern müsse hingegen zahlen, wer mehr als 22 800 Euro

im Monat verdiene. Der in Vollzeit beschäftigte Deutsche verdient dem Bericht zufolge im Schnitt etwa 3679 Euro brutto im Monat. In dieser Einkommensgruppe würde die monatliche Entlastung bei etwa 24 Euro liegen, also 288 Euro im Jahr. Die Berechnungen beziehen sich auf alleinstehende Arbeitnehmer.

Derweil berichtet das Handelsblatt, dass sich infolge der starken Konjunktur die Finanzlage des Bundes schneller bessert als angenommen. Nach 29 Milliarden Euro Neuverschuldung in diesem Jahr werde der Bund 2012 nur 19 Milliarden Euro Defizit machen, so Finanzexperte Alfred Boss vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Das wären rund acht Milliarden Euro weniger, als Finanzminister Wolfgang Schäuble veranschlagt hat. *afp/dpa*

14-Jähriger bei Protesten getötet

Lage in Tunesien verschärft sich

TUNIS – Bei gewaltsamen Protesten gegen die tunesische Übergangsregierung haben Soldaten versehentlich einen Jugendlichen getötet.

Der 14-Jährige sei bei Ausschreitungen in der Nacht zum Montag von einem Querschläger getroffen worden, sagten Augenzeugen und Krankenhausmitarbeiter in der Kleinstadt Sidi Bouzid. Er erlag wenig später seiner Schussverletzung. Sidi Bouzid gilt als Ursprungsort des Arabischen Frühlings, der nach Tunesien auch andere Länder der Region erfasste. Nun werden dort weitere Proteste befürchtet.

Der tunesische Ministerpräsident Béji Caïd Essebsi warnte, wer jetzt zu neuen Protesten aufrufe, versuche nur, Chaos zu stiften. *dpa*

Neue Steuer könnte Börsenspekulanten ausbremsen

Nicht nur Globalisierungskritiker, sondern auch immer mehr Ökonomen fordern eine Abgabe auf Finanzgeschäfte

VON GEORG ESCHER

Wer bändigt die hochspekulativen Finanzmärkte? In diesen Tagen, da der Euro schwer unter Beschuss steht, ist die Frage drängender denn je. Was vor wenigen Jahren noch Utopie schien, könnte nun doch Wirklichkeit werden: Selbst die lange zögerliche EU-Kommission und etliche europäische Regierungen wollen eine Finanztransaktionssteuer einführen.

NÜRNBERG – Sven Giegold muss schmunzeln, wenn er zurückblickt. „Ich fordere die Finanztransaktionssteuer ja schon seit über zehn Jahren“, sagt der 41-Jährige, der seit 2009 als finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament sitzt. „Am Anfang war man damit ein völliger Außenseiter.“ Das hat sich geändert. Heute fordern nicht nur die von vielen einst als weltfremd belächelten Globalisierungskritiker von Attac die Einführung einer solchen Steuer gegen Börsenspekulationen. Im deutschen Bundestag sind außer der FDP inzwischen alle Parteien dafür. Bundeskanzlerin Angela Merkel will sie, der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy drängt noch mehr. „Jetzt ist es schwierig, noch dagegen zu sein“, stellt Giegold heute mit Genugtuung fest.

Im Jahr 2000 war er einer der Mitgründer von Attac Deutschland. Die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation war ursprünglich, im Jahr 1998, in Frankreich entstanden und hatte eine ganz zentrale Forderung: die Einführung der sogenannten Tobin-Steuer, benannt nach dem amerikanischen Wirtschaftsprofessor und Nobelpreisträger James Tobin.

Folgen der Lehman-Pleite

Auch der galt, als er dies 1972 vorschlug, mit seiner Steuer-Idee anfangs als Exot. Doch seit dem Finanzdesaster an der Wall Street im Jahr 2008, als die Lehman-Brüder-Bank pleite ging und im Gefolge den ganzen Globus an den Abgrund führte, ist die Zahl der Ökonomen, die eine solche Finanzsteuer unterstützen, „sehr stark gewachsen“, freut sich Giegold.



Drei Streiter für die Einführung der Finanztransaktionssteuer: der grüne Europa-Abgeordnete und einstige Attac-Deutschland-Mitgründer Sven Giegold, der Nürnberger Jesuitenpater Jörg Alt und der CSU-Landtagsabgeordnete Hermann Imhof. Foto: Matejka, Fengler (2)

Zu dessen Überraschung sind inzwischen sogar einige der FDP-Abgeordneten im Europa-Parlament zu den Befürwortern der Steuer übergegangen. „Die europäische FDP ist viel vernünftiger als die deutsche“, stichelt Giegold.

Wie viel Geld die Finanztransaktionssteuer in die öffentlichen Kassen spülen könnte, da gehen die Expertenmeinungen noch stark auseinander. Die Kommission rechnet nach internen Berechnungen europaweit ange-

lich mit jährlichen Einnahmen von bis zu 50 Milliarden Euro. Nach den Brüsseler Plänen wäre ein Satz von 0,01 Prozent des Umsatzes mit Derivaten und von 0,1 Prozent von Staatsanleihen vorgesehen, hieß es. Andere Berechnungen gehen bei einem einheitlichen Satz von 0,05 Prozent auf alle Finanztransaktionen von Einnahmen bis zu 200 Milliarden Euro aus.

Noch aber sind sich die EU-Staaten nicht einig. Die Österreicher und Belgier waren die Ersten, die die neue

Finanzsteuer forderten. Neben Frankreich und Deutschland sind auch Spanien, Griechenland und sogar die Luxemburger dafür. Sie wollen die Einnahmen allerdings in die nationalen Haushalte fließen und nicht der EU zukommen lassen.

Großbritannien und Schweden dagegen lehnen die Steuer bisher vehement ab. Wenn diese nicht weltweit erhoben werde, argumentieren sie, drohten Finanzmarktgeschäfte aus Europa abzuwandern.

Das bestreiten allerdings etliche Experten. In einem Bericht für den Bundestag etwa wird auf den sehr aktiven Börsenplatz Hongkong verwiesen: Auch dort gibt es eine Finanztransaktionssteuer, ohne dass dies negative Folgen gehabt hätte.

Engagierte Nürnberger

Engagierte Verfechter der Steuer gibt es auch im Raum Nürnberg. Einer der Vorreiter ist der Jesuitenpater Jörg Alt, der 2009 die Kampagne „Steuer gegen Armut“ startete. Der Erlös, darin sind sich zumindest alle Nichtregierungsorganisationen einig, soll vor allem für die weltweite Armutsbekämpfung und den Klimaschutz in armen Ländern eingesetzt werden. Auch für Alt ist klar, dass das „sozialschädliche Verhalten“ der Börsenspekulanten am besten dort bestraft werden soll, wo es praktiziert wird: „Direkt beim Zocken auf dem Finanzmarkt.“

Der Zulauf der Kampagne ist „enorm groß“, bestätigt seine Mitstreiterin Judith Behnen. Zahllose Organisationen, bei weitem nicht nur aus dem kirchlichen Bereich, haben sich angeschlossen. Auch der Nürnberger Stadtrat sowie Oberbürgermeister Uli Maly unterstützen die Aktion.

Ein wichtiger Verbündeter ist der Nürnberger CSU-Mann Hermann Imhof, der als erster Landtagsabgeordneter Flagge zeigte und Ministerpräsident Horst Seehofer in Sachen Finanztransaktionssteuer „relativ engagiert“ bearbeitete, zweimal in Vier-Augen-Gesprächen. Mittlerweile ist der CSU-Chef ebenfalls im Lager der Befürworter – und hat sich seinerseits bei Kanzlerin Merkel für die Steuer stark gemacht. Es zieht Kreise.

Schon Keynes sah den Nutzen

Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer könnten Armut lindern

Die ersten Überlegungen zu einer Finanztransaktionssteuer stammen von keinem Geringeren als von dem britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Nach der Großen Depression in den USA in den 30er Jahren sah er die Notwendigkeit, hektische Börsenspekulationen durch eine Steuer einzudämmen und die Unternehmen so zu längerfristigem Denken anzuhalten.

1972 griff der US-Wirtschaftswissenschaftler James Tobin die Idee und schlug eine weltweit einheitliche Abgabe auf spekulative Devisentransaktionen vor, die sogenannte Tobin-Steuer. Die Unterstützer der

Finanztransaktionssteuer wollen diese Abgabe aber möglichst auf alle spekulationsanfälligen Bereiche ausweiten: Devisen, Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Derivate, aber auch Rohstoffe oder Immobilien.

Es werden Abgaben in verschiedenen Höhen von 0,01 bis zu 0,5 Prozent vorgeschlagen. Ein Steuersatz von 0,1 Prozent würde nach Berechnungen von Attac weltweit 730 Milliarden Dollar im Jahr erbringen. Die Einnahmen sollen vor allem für die weltweite Armutsbekämpfung und den Klimaschutz in armen Ländern eingesetzt werden. *gge*

NÜRNBERGER Nachrichten

Herausgeber: Bruno Schnell

Chefredakteur: Heinz-Joachim Hauck. Stellvertretende Chefredakteure: Alexander Jungkunz, Michael Husarek. Chef vom Dienst: Peter Ehler. Politik: Alexander Jungkunz; Stellvertretung und Innenpolitik: Herbert Fuehr; Reportagen: Hans-Peter Kastenhuber, Arno Stoffels. Lokales Nürnberg: Michael Husarek; Stellvertretung: Martin Held, Karin Winkler; Kommunalpolitik: Andreas Franke; Lokalreportagen: Claudine Stauber. Gericht: Ulrike Löw. Wirtschaft: Klaus Wonneberger; Stellvertretung: Dr. Wolfgang Mayer, Verena Litz. Feuilleton: Steffen Radlmaier; Stellvertretung: Katharina Erlenwein, Dr. Birgit Ruf. Sport: Hans Böller, Thomas Scharrer. Metropolregion Nürnberg: Lorenz Bomhard; Stellvertretung: Horst Auer. Bayern: Peter Abspacher. Außenredaktionen: Markus Hörath; Stellvertretung: Elke Graßer-Reitzner. Magazin am Wochenende: Evelyn Scherfenberg; Stellvertretung: Gerhard Lauchs. Berlin: Harald Baumer; München: Roland Englisch. Springerredaktion: Leo Hilde. Bildredaktion: Michael Matejka, Karlheinz Daut; Stellvertretung: Stefan Hippel.

Anzeigenleitung: Wolfgang Böhm, Walter Schmidt (Nordbayrische Anzeigenverwaltung GmbH), Telefon (09 11) 21 60; Anzeigen-Preisliste Nr. 54 ab 1. 1. 2011).

Verlag und Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg GmbH & Co., Postfach, 90327 Nürnberg; Marienstraße 9/11, 90402 Nürnberg. Telefon (09 11) 21 60 Pressehaus.

Informationen zu Abonnements: Abo-Service Telefon (09 11) 21 62-2777, Fax (09 11) 21 62-2533; Internet abo.nordbayern.de – Abonnementsbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 15. des laufenden Monats schriftlich im Verlag vorliegen. – Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt, Unruhen, Arbeitskämpfmaßnahmen besteht kein Anspruch auf Schadensersatz. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Die gesamte Zeitung einschließlich aller ihrer Teile ist urheberrechtlich geschützt, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz und sonstigen Vorschriften nichts anderes ergibt. Darunter fallen auch alle Anzeigen, deren Gestaltung vom Verlag übernommen wurde. Jede Verwertung ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Telefon (0 30) 2 84 93-0, www.presse-monitor.de

Für die Herstellung der Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

| | | |
|----------------------|----------------------------|------------------------------|
| Pressehaus Zentrale: | Telefon | (09 11) 2 16-0 |
| Redaktion: | Fax | 2 16-24 32 |
| Leserbriefe: | Telefon | 2 16-26 63 |
| E-Mail: | Telefon | nn-leserbriefe@pressenetz.de |
| Anzeigenannahme: | Telefon | 2 16-26 00 |
| | Fax | 2 16-23 26 |
| Abonnenten-Service: | Telefon | 2 16-27 77 |
| | Fax | 2 16-25 33 |
| Internet: | nn-online.de | |
| | abo.nordbayern.de | |
| E-Mail: | leserservice@pressenetz.de | |